



Claudia Siegel



Maria Bonse



Elisabeth Niehaus



Barbara Erdmeier

Diese vier Katholikinnen und weitere Frauen fordern Erzbischof Hans-Josef Becker in einem Brief auf, sich für Transparenz bei der Missbrauchsaufklärung einzusetzen.

Fotos: Althoff, Schwabe, Generalvikariat

Frauen aus dem Erzbistum Paderborn fordern mehr Transparenz bei der Aufarbeitung von Missbrauch im Erzbistum Köln

„Sehr geehrter Herr Erzbischof Becker...“

Von Christian Althoff

PADERBORN (WB) 16 Frauen aus dem Erzbistum Paderborn haben in der vergangenen Woche einen offenen Brief an Erzbischof Hans-Josef Becker (72) geschrieben. Die Katholikinnen bitten ihn, sich in der Bischofskonferenz dafür einzusetzen, dass der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki (64) das unter Verschluss gehaltene Gutachten zu Missbrauch und Verschleierung im Erzbistum Köln endlich öffentlich macht.

Initiatorin des Schreibens ist Claudia Siegel (48) aus Paderborn. Ihre beiden pubertierenden Töchter, erzählt die Krankenschwester, hätten im Moment „keinen Bock auf Kirche“. Dabei erlebten sie doch, dass ihre Mutter sich seit Jahren in St. Julian im Schatten des Paderborner Doms engagiere. „Aber sie erleben eben auch, dass ich ihre Fragen nicht immer beantworten kann.“ Der Umgang der Kirche mit geschiedenen Katholiken, mit Homosexuellen, mit sexuellem Missbrauch durch Amtsträger – da sei vieles doch sehr unbefriedigend. „Und dazu wollen wir nicht einfach

schweigen. Wir möchten etwas verändern.“

Wir – das sind Frauen, die sich in der Initiative Maria 2.0 engagieren. Einer Initiative, die sich 2019 von der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Münster über ganz Deutschland verbreitet hat. Eine Initiative, die für eine transparente Aufklärung der Sexualverbrechen eintritt. Und die die Gleichberechtigung von Frauen in kirchlichen Ämtern und die Abschaffung des Pflichtölibats fordert. Dabei soll der Name für eine neue Maria stehen – für eine Frau, die nicht mehr nur Dienerin ist, für einen Neuanfang.

Auch Barbara Erdmeier (68), pensionierte Schulleiterin aus Bielefeld, hat den Brief an Erzbischof Becker unterschrieben. „Der Ausschluss der Frauen etwa vom Priesteramt und das Vertuschen von Missbrauchstaten hängen zusammen“, sagt sie. Das jahrzehntelange Beschützen der Täter sei letztlich nur in dem abgeschotteten Männerbund möglich gewesen, der die Kirche noch immer sei. Vor etwa 45 Jahren, sagt die Katholikin, habe sie mit dem Paderborner Erzbischof Johannes Joa-

chim Degenhardt gesprochen. „Ich fragte ihn: Was wollen wir denn gegen den Priestermangel tun? Und er antwortete: Junge Frau, beten Sie!“ An dieser Einstellung habe sich, so fürchte sie, bis heute nicht viel geändert.

Elisabeth Niehaus (64), die als Medizinische Fachangestellte gearbeitet hat, engagiert sich seit Jahrzehnten in der Bielefelder St.-Johannes-Baptist-Gemeinde. Sie ist Kommunionhelferin und hat unter anderem eine Fortbildung zur Wort-Gottes-Leiterin absolviert. „Trotzdem habe ich, wenn es etwa

um einen Gottesdienst geht, für den wir einen Priester brauchen, kein Bestimmungsrecht. Ich kann nicht auf Augenhöhe arbeiten.“

Dass Frauen in der katholischen Kirche eine untergeordnete Rolle spielten, habe sie immer hingenommen. „Auszutreten war für mich keine Option. Deshalb habe ich das, was mich stört, lange einfach ausgeblendet.“ Als dann 2019 die Initiative Maria 2.0 entstand, sei das so etwas wie ein Ventil gewesen. Und so blieben Elisabeth Niehaus und andere Frauen an einem Sonntag im Mai 2019 einfach vor der Kir-

che stehen und gingen nicht hinein – eine symbolische Aktion. „Wir wollten zeigen, dass die katholische Kirche Frauen außen vor lässt.“

Doch es soll nicht bei symbolischen Akten bleiben. Der Brief an den Erzbischof, den auch die frühere Lehrerin Maria Bonse (66) unterzeichnet hat – er soll etwas Konkretes erreichen. „Natürlich gibt es sexuellen Missbrauch in allen gesellschaftlichen Gruppen“, sagt die Katholikin aus der Christkönig-Gemeinde in Bielefeld. „Aber die katholische Kirche hat ja einen besonderen moralischen Anspruch. Und das passt eben nicht zum Verschleiern und Vertuschen.“ Ja, sie habe schon einmal darüber nachgedacht, der Kirche den Rücken zu kehren, sagt Maria Bonse. „Aber dann sind da Dinge wie das Gemeindeleben, die einen den Ärger über die strukturellen Defizite verdrängen lassen.“

Keine der Unterzeichnerinnen hat persönlichen Kontakt zu einem Missbrauchsoffer. „Aber natürlich wissen wir inzwischen, dass es nicht nur Jungen trifft. Es gibt auch bedrückende Schilderungen er-

wachsener Frauen“, sagt Barbara Erdmeier. Dass die Kirche für die Täter lange Zeit ein Schutzraum gewesen sei, sei für sie unerträglich, ergänzt Claudia Siegel. Neben dem vielen Verbindendem in der Kirche gebe es eben auch einen „große Wunde“, in die der Finger gelegt werden müsse. „Wer, wenn nicht unser Erzbischof Becker, kann unsere Anliegen in die Bischofskonferenz tragen?“, fragt sie. Die Ereignisse in Köln riefen „Fassungslosigkeit und Entsetzen hervor“, heißt es in dem Brief an Erzbischof Becker. Schweigen sei eine „lautlose Macht“.

Zu ihrer großen Überraschung fand Claudia Siegel bereits am Montag eine Antwort des Erzbischofs im Briefkasten. Hans-Josef Becker bot den Frauen ein Gespräch an, das Anfang des neuen Jahres stattfinden soll. „Das ist schon mal schön“, sagt die 48-Jährige. „Und mehr, als ich erwartet habe.“ Denn nach einen Gesprächswunsch, den man im Frühjahr geäußert habe, habe Becker per E-Mail um Verständnis dafür gebeten, dass ihm ein Treffen mit den Paderborner Maria-2.0-Frauen nicht möglich sei.

Missbrauch im Erzbistum Köln

2018 gab der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki bei der Anwaltskanzlei Westpfahl, Spilker und Wastl ein Gutachten über Kindesmissbrauch durch Bistumsmitarbeiter in Auftrag. Darin sollte es auch um den Umgang Verantwortlicher mit der Aufarbeitung und die Nennung ihrer Namen gehen. Im Oktober teilte Woelki der Presse mit, er

werde das Gutachten nicht veröffentlichen, weil es methodische Mängel habe. Ein Gutachten derselben Kanzlei zu sexualisierter Gewalt im Bistum Aachen wurde dagegen veröffentlicht. Woelki beauftragte einen neuen Gutachter und will nach großem öffentlichen Druck das erste Gutachten im März zumindest einzelnen Personen zeigen.

Linnemann: Beitragserhöhung kaum vermittelbar – Korte: Finanzierung und Kritik an politischer Ausrichtung muss man trennen

„Wir haben den teuersten Rundfunk der Welt“

Von Andreas Schnadwinkel

BIELEFELD (WB) Auch Politiker aus Ostwestfalen-Lippe, die sich mit dem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (ÖRR) befassen, positionieren sich in der Frage, ob die Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 86 Cent auf 18,36 Euro zum 1. Januar 2021 ausgesetzt werden sollte.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann aus Paderborn stellt die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrags in Zusammenhang mit der Pandemie. „In der Corona-Krise erleiden Millionen von Arbeitnehmern und Unternehmern Einkommensverluste oder müssen gar um ihre Existenz bangen. Da finde ich es

kaum vermittelbar, wenn man diesen Menschen jetzt die Beiträge erhöht“, sagt der Unions-Fraktionsvize.

Frank Schäffler begrüßt den Streit um die Erhöhung der Rundfunkabgabe ausdrücklich. „Wir haben den teuersten öffentlichen Rundfunk der Welt. Bei über 80 Radio- und Fernsehprogrammen und über acht Milliarden Euro Beitragseinnahmen muss über den Umfang endlich diskutiert werden. Hoffentlich sorgt Sachsen-Anhalt dafür, dass diese Debatte endlich geführt wird“, sagt der FDP-Bundestagsabgeordnete aus Bünde (Kreis Herford), der ein ausgewiesener Kritiker des ÖRR-Systems ist.

Die Junge Union (JU) hat

am vorigen Wochenende bei ihrem Deutschlandtag mit großer Mehrheit für einen Antrag des Landesverbands Hamburg gestimmt, der sich gegen die Erhöhung wendet. In Ostwestfalen-Lippe ist Kevin Gniosdorff Vorsitzender der CDU-Nachwuchsvereinigung. Seine Haltung ist klar: „Wir haben der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt Rückendeckung

gegeben, denn wir müssen die Kosten im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk senken und zu diesem Zweck die Strukturen verändern.“ Gniosdorff fordert die Parteifreunde in Magdeburg dazu auf, „so abzustimmen, wie sie es für richtig halten und wie es im Koalitionsvertrag steht“. Und tatsächlich hat sich die Landesregierung aus CDU, SPD und Grü-

nen (Kenia-Koalition) darin auf Seite 136 folgendermaßen geeinigt: „Bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks halten wir am Ziel der Beitragstabilität fest.“

„Deswegen finde ich es schäbig, dass SPD und Grüne jetzt mit dem Finger auf die CDU zeigen. Wenn die AfD so stimmt wie die CDU, kann das nicht das Problem der CDU sein. Die AfD ist keine normale Partei, und Absprachen mit der AfD darf es nicht geben. Und genau deswegen darf man sich nicht bei jedem Thema von der AfD ausbremsen lassen“, meint Gniosdorff.

Kirstin Korte ist Mitglied im WDR-Rundfunkrat. Die CDU-Landtagsabgeordnete

aus Minden hat wenig Verständnis für die Haltung der CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt. „Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs hat eine Erhöhung um 86 Cent vorgeschlagen und 15 Bundesländer haben bereits zugestimmt. Eine Debatte über den ÖRR ist notwendig, aber wir brauchen einen soliden aufgestellten Rundfunk mehr denn je“, sagt Korte und rät dazu, verschiedene Sachverhalte zu trennen: „Dass der WDR und andere Sender von Grünen, SPD und Linken unterwandert sind, geht mir auch gegen den Strich. Aber das hat nichts mit der Finanzierung der Aufgabe des ÖRR zu tun. Das sind unterschiedliche Dinge.“



Frank Schäffler



Kirstin Korte



Carsten Linnemann



Kevin Gniosdorff

Edeka bietet Kunden Bus-Service

HERFORD (WB/rec) Obwohl die Edeka Minden-Hannover ihre Herforder Filiale schließt, richtet sie einen Shuttle-Service für Kunden zum zweiten, privat geführten Edeka-Markt und zum Marktkauf in Herford ein. An Dienstagen und Freitagen können Bewohner des Stadtteils Friedenstal dort ihre Einkäufe erledigen. Der Service ist nach Protesten der Anwohner gegen die Schließung eingerichtet worden.

Espelkamper spielt gegen „Teddy“

ESPELKAMP (WB/fq) „Teddy gönnt dir“ heißt eine neue TV-Show auf Pro-Sieben mit dem Comedian Teddy Teclerhan. Bei der Premiere am morgigen Donnerstag, 3. Dezember, musste der Prominente gegen einen Gegner aus Ostwestfalen-Lippe antreten. Der 26-jährige Michael Bergen aus Espelkamp (Kreis Minden-Lübbecke) hat sich der Herausforderung gestellt. Für ihn ging es dabei um mindestens 1000 Euro.

Haus für Priester im Ruhestand

PADERBORN (WB) Das Erzbistum Paderborn will 2021 in der Paderborner Innenstadt ein neues Wohnkonzept mit sechs barrierefreien Wohnungen für Priester im Ruhestand realisieren. Hier können die Pensionäre in getrennten Wohneinheiten gemeinsam unter einem Dach leben. „So soll auch einer Vereinsamung im Alter begegnet werden“, sagt Architekt Karsten Stahl, Abteilungsleiter im Generalvikariat.

Massenschlägerei wegen Tüte Chips

BIELEFELD (WB/ca) Ein Streit um eine Tüte Chips ist in Bielefeld vor einem Mehrfamilienhaus eskaliert. Als sich Kinder nicht über die Aufteilung einigen konnten, hätten sich Erwachsene eingeschaltet, teilte die Polizei mit. Dann sei es zu Handgreiflichkeiten gekommen. Als ein Streifenwagen eingetroffen sei, seien etwa 20 bis 30 Personen aufeinander losgegangen. Die Polizei zählte zehn Leichtverletzte.

Hand zwischen Bus und Bordstein

DETMOLD (WB/ca) Mit einer leicht gequetschten Hand ist eine Frau (37) in Detmold am Montag ins Krankenhaus gebracht worden. Ihr war an einer Bushaltestelle die Fahrkarte zwischen Bus und Bordstein gefallen. In dem Moment, in dem sie sich bückte und nach dem Fahrschein griff, öffnete der Busfahrer die Türen. Wie üblich, senkte sich der Bus dabei ab, und klemmte die Finger ein. Der Fahrer hatte die Frau nicht gesehen.

Strafverteidiger verurteilt

DÜSSELDORF (dpa) Ein Düsseldorf Rechtsanwalt ist vom Landgericht wegen Parteiverrats und Untreue zu acht Monaten Haft auf Bewährung und 1500 Euro Geldbuße verurteilt worden. Der Anwalt soll in einem Strafverfahren erst eine Frau vertreten, dann das Mandat niedergelegt und ihren mitangeklagten Bekannten verteidigt haben. Das ist Anwälten verboten. Außerdem soll er Mandatengeld veruntreut haben.